

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1927

248 (8.12.1927)

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Feiertage.
Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Aus-träger frei ins Haus monatlich Goldmark 1.20 Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/8 bis 5 Uhr Sonntags geschlossen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 465
Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6903

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Begr. 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentliche Beilagen: Neue Illustrierte • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- und Landwirtschaft

Nr. 248.

Donnerstag, den 8. Dezember 1927.

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 6 Goldpf.
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldpf.
Grundschrift im Anzeigen- und Zerteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung erlischt.
Anzeigen-Nachnahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

Bank-Konto:
Bereitsbank Sinsheim
c. G. m. b. H.

88. Jahrgang

Südtirol verlangt sein Recht.

Demonstration gegen die italienische Schule. — Die Ausweisung Otto Flakes.

Bogen, 7. Dez. In der Gemeinde Mals im Vinschgau kam es zu Demonstrationen der Bevölkerung gegen die italienische Schule und den italienischen Lehrer. Die Leute drangen auch ins Schulgebäude ein. Zwei Bauern wurden verhaftet und in den Kerker nach Glurns abgeführt. Einige Frauen, Mütter von Schulkindern, wurden angeeignet.

Von den Faschisten verfolgt.

Dr. Reut-Nicolussi über die Unterdrückung Südtirols.

Innsbruck, 7. Dez. Der Tiroler Abgeordnete Dr. Reut-Nicolussi, der durch die faschistische Gewaltherrschaft gezwungen wurde, aus seiner Südtiroler Heimat zu flüchten, berichtete Ihrem Korrespondenten folgende Einzelheiten: Den Italienern war es von Anfang an unangenehm, daß er sich seinerzeit im österreichischen Nationalrat namens der Südtiroler gegen den Friedensvertrag von St. Germain ausgesprochen hatte. Auf die schwarze Liste kam er, als er dann als Advokat einen Mann erfolgreich verteidigte, der zum Schutze seines am Leben bedrohten Vaters einen italienischen Soldaten niederschloß. Er wurde dann an der Spitze der deutschen Liste ins italienische Parlament gewählt, verzichtete dann aber auf die Wiederwahl und trat auch öffentlich nicht mehr hervor. Trotzdem wurde er systematisch von den Faschisten verfolgt und in seiner Anwaltschaft gehindert. Schließlich wurde er ausgewiesen, kehrte aber, als Mitte Dezember 1926 die Provinz Bogen geschaffen wurde, nach Bogen zurück, wo man sich dann damit begnügte, ihm vorzuschreiben, einen Personalausweis für gefährliche und verdächtige Personen stets bei sich zu tragen.

Reut-Nicolussi behauptet, die Nachrichten über die Zustände in Südtirol reichen an die tatsächliche Lage nicht heran. Der Zustand des Terrors, der täglichen Kränkungen, Demütigungen und Einschüchterungen könne nur von dem in seiner vollen Schwere

erfaßt werden, der selbst in Tirol gelebt habe. Die Verfolgungen und Drohungen gegen ihn sind dann schließlich, nachdem er als „gefährlicher Feind der italienischen Nation“ aus der Anwaltschaft gestrichen worden war, so weit gegangen, daß er die Verbannung befürchten mußte. Er überschritt also ohne Paß die Grenze und da dies nach dem Mussolinischen Polizeigesetz mit mindestens drei Jahren Kerker bestraft wird, kann er seine Heimat nicht wieder betreten, so lange die Herrschaft Mussolinis dauert. Dr. Reut-Nicolussi erklärte zum Schluß, die Uebersteigerung der faschistischen Bewegung habe bereits einen Grad erreicht, der in nicht allzu fernher Zeit zu Explosionen oder aber zu einem Abbau der Leidenenschaften führen müsse.

Ueber die Ausweisung des Schriftstellers Otto Flake aus Italien hören die Innsbrucker Nachrichten: Flake lebte seit einhalb Jahren in Klobenstein bei Bogen. Am vergangenen Samstag erschien bei ihm ein Karabinier, der im die Mitteilung machte, er möge nach Bogen in die Präfektur kommen, um dort etwas zu erledigen. Flake fuhr am Sonntag vormittag nach Bogen, wo ihm in der Präfektur mitgeteilt wurde, daß er ausgewiesen sei und Italien sofort zu verlassen habe. Seine Bitte, noch einmal heimgen zu dürfen, um wenigstens einen Ueberzieher, Wäsche und ähnliche Dinge für die Reise mitzunehmen, wurde ihm abgelehnt. Er wurde bis zur Abfahrt des nächsten Zuges in der Präfektur zurückgehalten und dann in Begleitung einer Amtsperson auf den Brenner befördert. Dort mußte er von Sonntag 3 Uhr nachmittags bis Montag früh 2 Uhr ohne Ueberzieher oder einen anderen Schutz, eine Zeitlang sogar in einem Holzschuppen eingesperrt, verbringen, bis der Kommissar der italienischen Grenzwaage ihn endlich am Montag um 2 Uhr früh mit dem Schnellzug nach Innsbruck weiter reisen ließ. Die Frau und das 6-jährige Mädchen sind vorläufig noch in Südtirol zurückgeblieben.

Um die Erhaltung des Arbeitsfriedens.

Die Zuspitzung der Lage in der Groß-Eisenindustrie.

Der Arbeitsfrieden in Deutschland ist durch die Zuspitzung der Situation in der eisenhaltenden und eisenbearbeitenden Industrie in einer Weise gefährdet, wie dies seit der Revolutionszeit nicht der Fall gewesen ist. Sollte es zu der angekündigten Stilllegung der Betriebe kommen, so dürften damit zwischen 2- bis 400.000 Arbeitern, je nachdem in welchem Ausmaß die Stilllegung erfolgt, ausgeperrt werden. Von der eisenhaltenden Industrie wird immer wieder betont, daß es sich bei ihrer Erklärung nicht um eine Drohung handle, sondern nur um eine Warnung im letzten Augenblick. Wer aber die Verhältnisse kennt, wird keinen großen Unterschied zwischen dem Worte Anzeige und Androhung finden können. Dabei sei allerdings anerkannt, daß die Sachlage für beide Parteien, für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer, außerordentlich schwierig ist.

Hervorgehoben wurde der Konflikt durch das Arbeitszeitgesetz und die daran anschließende Verordnung des Reichsarbeitsministers vom Juli ds. Js., die die Durchführung des Achtstundentages bis zum 1. Januar fordert. Prinzipiell erklären die Arbeitgeber die Forderungen auf Einführung des Dreifächten- statt des Zweifächten-Systems, — die natürliche Folge des neuen Arbeitszeitgesetzes — als berechtigt. Andererseits meinen sie, daß in technischer, finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht diese Umkehrung noch nicht genügend vorbereitet sei. Jahre würden vergehen, ehe die Durchführung des neuen Systems ohne Erschütterungen der Werke möglich sei; jedenfalls könnten am 1. Januar die durch Gesetz festgelegten Bestimmungen keinesfalls durchgeführt werden. Demgegenüber liegt das Gutachten des Reichswirtschaftsrates vor, in dem fast einstimmig in großen Zügen auch in der Hüttenindustrie die strikte Durchführung des Achtstundentages für möglich erklärt wird. Die Taktik der Schwerindustrie ist darauf eingeleitet, den Eindruck zu vermeiden, als ob es an ihrem guten Willen fehle. Deswegen wird erklärt, daß man an dem Versprechen, nach dem Ende des Antriebskampfes, der den Achtstunden-Arbeitszeit brachte, wieder zur Achtstunden-Arbeitszeit zurückzukehren, durchaus festhalte und es auch einlösen werde. Nur der Zeitpunkt sei unmöglich in der geforderten Weise einzuhalten.

Weitentlich erschwert wird der ganze Fragenkomplex durch Lohnforderungen der Arbeitnehmer. Wer soll den Verdienstausschlag infolge der verringerten Arbeitszeit tragen? Der Arbeitnehmer? Er erklärt: Nein! Seine Forderungen lauten nicht nur auf eine Zahlung gleicher Löhne, des gleichen Betrages für die Achtstunden-Arbeitszeit, den er für die zehnstündige Tätigkeit bekam, was einer Prozentigen Lohnsteigerung gleichkäme, sondern darüber hinaus soll das Lohnniveau um eine Zulage von 10 Pfg. pro Stunde erhöht werden. Die eisenhaltende Industrie berechnet die insgesamt entstehende Erhöhung des Lohnkontos bei Verwirklichung dieser Forderung der freien Gewerkschaften auf 38%, die Eisen verarbeitende Industrie, deren Beteiligung an der Stilllegung nicht allein vorauszu sehen war, sondern auch schon durch vielfache Erklärungen erhärtet worden ist, mit 28%. Die Gesamtproduktion würde sich dadurch um etwa 9% vermindern.

Das sind selbstverständlich Summen, die die Arbeitgeber nicht tragen können, sofern sie besonders auf dem Auslandsmarkt konkurrenzfähig bleiben wollen. Bei den Forderungen der Arbeitnehmer handelt es sich selbstverständlich um Kampfzweckungen, an deren Durchführung in der vorgezeichneten Höhe niemand glaubt. Die Situation der Arbeitgeber würde auch noch dadurch wesentlich verschlechtert

werden, daß sie durch den Arbeitsausfall infolge der verringerten Arbeitszeit 20.000 Arbeiter neu einstellen müßten.

Hält man sich dies alles vor Augen, so will einem die Lage allerdings als verzweifelt er scheinen. Beide Parteien haben gewichtige Gründe, ihre Forderungen mit Nachdruck zu vertreten, und man wird beiden eine gewisse Berechtigung nicht abprechen können. Tatsächlich liegen die Verhältnisse aber doch nicht ganz so schlimm. Einmal ist daran zu denken, daß die Großeisenindustrie ja schon seit Jahren darauf vorbereitet gewesen sein muß, daß diese Reformen eines Tages durchgeführt werden müßten. Sollte es in dieser Zeit nicht möglich gewesen sein, solche Vorkehrungsmaßnahmen zu treffen, um der Gegenpartei wenn auch nicht alle, so doch wenigstens soviel ihrer Forderungen erfüllen zu können, daß man daraus den guten Willen der Arbeitgeber erkennen würde? Dann aber auch sind die von beiden Seiten aufgestellten Rechnungen sehr stark subjektiv gefärbt, der vom Schlichter zu erwartende Schiedsspruch, falls die direkten Verhandlungen zu keiner Einigung führen, dürfte beider Interessen gerecht werden, ohne die Parteien allzu schwer zu belasten. — Man hat so oft in den letzten Jahren von Verantwortungsgefühl gesprochen. Jetzt ist es an der Zeit für die streitenden Parteien, zu beweisen, daß sie Verantwortungsgefühl genug haben, um den Arbeitsfrieden zu erhalten.

Bedenklich muß allerdings die Einstellung mancher Arbeitgeber stimmen die diese Gelegenheit benutzen wollen, um das ihnen unbequem gewordene obligatorische Schiedsgerichtsverfahren aus dem Wege zu räumen. Es wurde, daran muß man der Gerechtigkeit willen gerade in diesem Augenblick erinnert werden, seinerzeit gerade seitens der Arbeitgeber geschaffen, um den endlosen Arbeitskämpfen der Revolutionszeit ein Ende zu machen. Es mag manche Fälle gegeben haben, in denen die Arbeitgeber infolge des Spruches des Schlichters Schaden erlitten haben. Das Gleiche können aber auch die Arbeitnehmer behaupten. Wesentlich ist und bleibt, daß das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren dazu beigetragen hat, den Arbeitsfrieden zu erhalten. Ausperrungen von Arbeitern, Stilllegungen der Betriebe, für die Industrie verhängnisvolle Streiks zu verhindern. Fällt der Schlichter seinen Spruch, so müssen sich nach unserer Gesetzgebung beide Parteien ihm beugen. Andererseits kann selbstverständlich kein Unternehmer dazu gezwungen werden, seinen Betrieb weiter fortzuführen. Bisher ist noch kein solcher Fall vorgekommen, daß die Existenz eines Betriebes allein durch die Bedingungen, die vom Schlichter festgesetzt wurden, gefährdet worden wäre. Das wäre ja auch ein krasser Widerspruch zu den Aufgaben des Schlichters, der die beiderseitigen Interessen wahrzunehmen und zu berücksichtigen hat. Will man sich also verständigen, so dürfte die Möglichkeit dazu gegeben sein. Wird es die Eisenindustrie wirklich auf einen solchen Nachkampf ankommen lassen? Politische Erwägungen werden dabei mit sprechen, daß man das Äußerste zu vermeiden sucht. Denn welche Regierung, welche Partei ist bereit, das Odium der Ausperrung einer halben Million von Menschen auf sich zu nehmen? Aus all diesen Gründen glauben wir, daß die Situation, deren Gefährlichkeit nicht schwarz genug gemalt werden kann, um vor verantwortungslosen Experimenten zurückzuweichen, nicht aussichtslos ist. Das Verantwortungsgefühl auf beiden Seiten, zu dem wir Vertrauen haben, läßt uns hoffen, daß wir von einer Wirtschaftskrise verschont bleiben, deren Folgen geradezu katastrophal werden müßten.

Ergebnisloser Abbruch der Essener Lohnverhandlungen?

Essen, 8. Dez. Wie verlautet, sind die gestrigen Lohnverhandlungen in Essen ergebnislos abgebrochen worden, so daß nunmehr Dr. Kösten als staatlicher Schlichter einzureisen mußte. Eine Bestätigung dieser Meldung war bisher nicht zu erlangen.

Litauens Forderungen in Genf

Genf, 8. Dez. (Zurückspruch.) In der gestrigen öffentlichen Nachmittags-Sitzung des Völkerbundesrates beantragte der litauische Ministerpräsident Woldemaras nach eingehender Darlegung der Ereignisse, die sich seit dem Oktober ds. Jahres zwischen Polen und Litauen abgespielt haben, folgende Maßnahmen des Völkerbundes zur Beilegung des litauisch-polnischen Konfliktes:

1. Der Völkerbundsrat soll eine internationale Kontrollkommission schaffen, die sich an Ort und Stelle, und zwar auf beiden Seiten der polnisch-litauischen Grenze über die militärische Lage an der Grenze informieren und hierüber dem Völkerbund Bericht erstatten soll.

2. Die litauische Regierung beantragt, daß die polnischen Banden im Gebiet von Wilna aufgelöst werden. Sie ist der Ansicht, daß die Organisation dieser Banden eine dauernde ernsthafte Bedrohung Litauens bedeute. Sie seien geschaffen worden, um Litauen zu besetzen. Die litauische Regierung sei der Ansicht, daß die Organisation der Banden in Litauen der polnischen Regierung zur Last gelegt werden müßte und einem direkten militärischen Angriff Polens auf Litauen gleichkäme.

3. Die litauische Regierung beantragt die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung derjenigen Maßnahmen, die die polnische Regierung gegen polnische Staatsangehörige litauischer Nationalität ergriffen hat.

Die Erklärungen des litauischen Ministerpräsidenten im Völkerbundsrat dauerten etwa dreiviertel Stunden. Anschließend ergriff sodann der polnische Außenminister Jaleski das Wort.

Zaleski antwortet Woldemaras

Genf, 8. Dez. (Zurückspruch.) Im Anschluß an die Erklärungen des litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras verlas in der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Völkerbundsrates der polnische Außenminister Zaleski ein schriftliches Memorandum, in dem er alle Einzelheiten der Entwicklung der polnisch-litauischen Beziehungen schilderte. Zaleski ging von dem in der litauischen Klage beim Völkerbund erhobenen drei Vorwürfen aus. Diese werfe Polen wie dem Vatikan hinsichtlich der Behandlung der litauischen Geistlichen im Wilnagebiet eine Konfordsatsverletzung vor. Ebenso werfe sie Polen eine Verletzung des Minderheitenrechts und Anariffsverletzungen gegen die Unabhängigkeit Litauens vor. Zaleski erklärte unter anderem darauf:

Ueber die Konfordsatsverletzung siehe es nur dem Papst zu, eine Klage vorzubringen. Diese Klage sei bisher noch nicht erfolgt, und so könne sie auch nicht vor dem Rat behandelt werden. Für den Minderheitenbeschwerden die Wiln-Verhandlungen... in bestimmtes Klagenverfahren beim Völkerbund vor. Dieses Klagenverfahren, das sich auch auf sämtliche Minderheiten im Wilnagebiet beziehe, sei bisher noch nicht eingereicht worden. Daher lehne es die polnische Regierung ab, über diese Frage vor dem Völkerbundsrat zu verhandeln. Zaleski appellierte hierauf an Litauen, den polnischen Minderheiten in Litauen die gleiche Behandlung zuteil werden lassen, wie sie die litauischen Minderheiten durch die polnische Regierung erfahren hätten. Die litauischen Beschuldigungen über militärische Vorbereitungen Polens begründeten sich auf unzureichende Pressemeldungen und entbehrten jeder Grundlage. Auch die Beschwerde der litauischen Regierung über die Unterdrückung der litauischen Emigranten durch Polen wies Zaleski als unbegründet zurück. Zaleski beschloß sich alsdann rückblickend mit der Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern seit dem Jahre 1918. Alle Versuche seit jener Zeit, normale Beziehungen mit Litauen herzustellen, seien fruchtlos geblieben. Die Völkervereinigung habe schließlich die Grenze zwischen beiden Ländern endgültig festgelegt. Trotzdem sei eine Aufnahme normaler Beziehungen nicht möglich gewesen.

Litauen lenkt ein

Genf, 8. Dez. (Zurückspruch.) Noch gestern abend ist den Ratsmächten eine vom 1. Dezember datierte litauische Note zugegangen, in der gegenüber dem polnischen Standpunkt betont wird, daß die friedliche Erhaltung der polnisch-litauischen Beziehungen durch den Völkerbundsrat wie durch den Vertrag von Suwalki garantiert seien.

In den Verhandlungen mit Woldemaras, die heute vormittag fortlaufend von Seiten der verschiedenen Delegationen stattgefunden haben, wird gegenwärtig der Gedanke der Entsendung einer Völkerbunds-Kommission nach Litauen viel erörtert. Von litauischer Seite wird verlangt, daß für die Aufrechterhaltung der litauischen Sicherheit Garantien gegeben werden. Von französischer Seite scheint nunmehr der Plan auszugehen, nach Rom und Paris zu besondere Militärattacheen zu entsenden, die den Völkerbundsrat laufend über die militärische Lage an der polnisch-litauischen Grenze Bericht erstatten sollen.

Es besteht der Eindruck, daß jetzt auf litauischer Seite ein gewisses Entgegenkommen beobachtet wird, so daß bereits vielfach mit der Möglichkeit einer polnisch-litauischen Einigung in den nächsten Tagen gerechnet wird. Von der Woldemaras-Erklärung die heute nachmittags vor den Völkerbundsrat abgegeben wird, erwartet man, daß sie im großen und ganzen den Inhalt der gestern überreichten litauischen Note wiederholen wird.

Vor einer französisch-italienisch-englischen Verständigung?

Genf, 8. Dez. (Zurückspruch.) Die Unterredung, die im

zweite des Dienstag zwischen Briand und Scialoja stattgefunden hat, ist in allen Delegationskreisen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden.

Bereits seit Beginn der Ratstagung ist in gut informierten Kreisen ernsthaft mit der Möglichkeit einer Anbahnung neuer Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien gerechnet worden.

Dwzohl den Gerüchten über ein bevorstehendes Zusammenreffen zwischen Briand und Mussolini vorläufig noch keine allzu weitgehende Bedeutung beigemessen wird, man dürfte jedoch in der Annahme nicht fehl gehen, daß bei den jetzt eingeleiteten italienisch-französischen Verhandlungen auch englischer Einfluß mitgespielt hat.

Von deutscher Seite wird diese Entwicklung einer neuen französisch-italienisch-englischen Verständigung mit größtem Ernst und größter Aufmerksamkeit verfolgt werden müssen, da es den Anschein hat, daß man in maßgebenden deutschen Kreisen die Festigung der deutsch-italienischen Beziehungen weiter gediehen glaubt, als es in Wirklichkeit wohl der Fall ist; denn gerade die Haltung der italienischen Regierung bei der Auslegung des deutsch-italienischen Handelsvertrages beweist aufs deutlichste,

daß noch genügend Konfliktstoff zwischen den beiden Ländern vorhanden ist,

der im Interesse deutsch-italienischer Zusammenarbeit bei den großen internationalen Fragen schnellstens ausgeräumt werden müßte. So sehr man es in deutschen politischen Kreisen auch begrüßt, daß die deutsch-französischen Verständigung sich in einem engen Zusammenarbeiten zwischen Dr. Stresemann und Briand auswirkt, so wird man doch deutschseits dringend fordern müssen, daß man darüber realpolitische Notwendigkeiten, zu denen man eine deutsch-italienische Verständigung zählen muß, nicht außer acht läßt.

Stwinow in Berlin

Berlin, 8. Dez. Von Genf kommend ist gestern früh der stellvertretende Außenkommissar der Sowjetunion, Stwinow, in Begleitung seiner Gemahlin in Berlin eingetroffen. Sein Berliner Aufenthalt, der rein privater Natur ist, wird nur einige Tage dauern.

Religionstämpfe in Mexiko

London, 8. Dez. Wie aus Mexiko gemeldet wird, gibt das Kriegsministerium bekannt, daß gegen die „religiösen Fanatiker“ in den Staaten Jalisco und Aguas Calientes eine Aktion der Regierungstruppen im Gange sei. Zwei Kolonnen von je 500 Mann seien in March geschickt. Die Truppen sollten gleichzeitig nach dem verschwundenen Erzbischof von Guadalajara suchen. General Don Ferreira ist nach Ameca zurückgekehrt, um gegen die Insurgenten zu kämpfen, die neuerdings auch Flugzeuge verwenden sollen. Präsident Calles hat angeordnet, daß sechszig Offiziere, die im Laufe des letzten Aufstandes festgenommen worden waren, freigelassen werden, um ihre Familien in den Religionstämpfen schützen zu können.

Präsident Coolidges Verzichtserklärung

Vor dem Rücktritt Hoover's.

Newyork, 8. Dez. (Zuspruch.) Präsident Coolidges Erklärung vor dem republikanischen Parteiausschuß, auf seine Wiederwahl endgültig zu verzichten, hat selbst auf seine nächsten politischen Freunde überraschend gewirkt, da man immer noch mit einer Sinnesänderung des Präsidenten rechnete. In seiner Verzichtserklärung fordert Coolidge die Partei auf, sich nachdrücklich der Aufgabe zu widmen, aus der Zahl der zur Verfügung stehenden ausgezeichneten Männer einen geeigneten Kandidaten auszuwählen. Die meistgenannten Kandidaten der republikanischen Partei für die kommende Wahlkampagne sind zur Zeit der Handelssekretär Herbert Hoover, der übrigens — wie in Washington verlautet — demnächst von seinem Posten zurücktreten will, um sich ganz der Präsidentschaftskandidatur widmen zu können, ferner der Vizepräsident Dawes, der Sprecher des Repräsentantenhauses Longworth, der frühere Gouverneur von Illinois und Favorit der Farmer, Dowden, und endlich Senator Duffies.

Studentenausschreitungen in Großwardein

Belgrad, 8. Dezember. (Zuspruch.) Bei den Studentenausschreitungen in Großwardein sind vier Personen getötet und 40 verwundet worden. Die Redaktionen und Druckereien von zwei ungarischen Zeitungen, die Einrichtungen der katholischen Vereine, die Wohnung des Oberabbaters und das Lyzeum wurden zerstört. Die Polizei erwies sich gegenüber den Demonstranten machtlos. Zahlreiche Straßensperren wurden von den Demonstranten verprügelt, sofern sie der rumänischen Sprache nicht mächtig waren. Die Ladeneinrichtungen ungarischer Kaufleute sind zum größten Teil getrimmert worden. Die Auslagen wurden auf die Straßen geworfen.

Deutscher Reichstag

Versicherungsfragen vor dem Reichstag.

133. Sitzung.

Berlin, 7. Dezember.

Präsident Ebe eröffnete die Sitzung um 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die Krankenversicherung der Seefleute. Abg. Schumann-Frankfurt (Soz.) verliest über die Ausschussverhandlungen. Der Ausschuß ersucht in einer Entscheidung die Reichsregierung, dem Reichstag im Frühjahr 1929 die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der Seefrankenkasse und die besonderen Erfahrungen mitzuteilen, die bei der Durchführung der Seefrankenversicherung gewonnen wurden.

Abg. Hoch (Soz.) bedauert, daß man die Seefleute nicht den Allgemeinen Ortskrankenkassen zuweisen, sondern eine neue Berufskrankenkasse gründen sollte. Damit hindere man das Streben der Arbeiterschaft nach allgemeiner gleicher Krankenversicherung.

Abg. Dr. Goebekamp (Dr.) bedauert die weitgehenden Änderungen, die der Ausschuß vorgenommen habe. Das Zentrum sei im Ausschuß seinem eigenen Arbeitsminister untreu geworden. Der Redner beantragt eine Versicherungspflichtrente von 3000 Mark. Hochbezahlte Kapitäne könne man nicht nach den Sätzen einer Armentasse versichern.

Abg. Frau Feuch (Zentrum) erklärt für Zentrum und Bayerische Volkspartei, daß diese an der Einbeziehung der gesamten Seemannschaft — also auch der Offiziere — festhalte. Die Reedereiindustrie, die durch die Krankenversicherung ersetzt werden sollte, habe sich auch auf die gesamte Mannschaft erstreckt. Die ganze Seemannschaft sei in einer Gefahrengemeinschaft und deshalb müsse für sie Solidarität herrschen.

Abg. Fiegler (Dem.) gibt seiner Befriedigung Ausdruck, daß durch dieses Gesetz ein altes Unrecht an den Seefleuten endlich gutgemacht werde. Er kritisiert die Stärkung des Einflusses der Versicherer in der Verwaltung. Die Leistungen müssten möglichst schnell eintreten.

Abg. Rebermeyer (Komm.) beantragt, die Seefleute den Ortskrankenkassen zuzuwenden. Der Redner bemängelt die lange Arbeitszeit und die Unterbringung der Matrosen auf den Schiffen. Angenommen wird ein Antrag der Deutschen Volkspartei, wonach die Seefahrt bestimmt, daß die Kapitäne von der Versicherungspflicht befreit werden. Ferner wurde beschlossen, daß die Rasse der Namen Seefahrt führen soll. Die übrigen grundsätzlichen Änderungsanträge werden abgelehnt. Die Vorlage wird darauf in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt der Bericht des sozialen Ausschusses über die Genfer Nebereinkommen zur Unfallversicherung. Den Bericht erstattete Abg. Schwarzger-Oberbayern (VSP.). Abg. Schwarzger-Oberbayern ersucht die Regierung, Gesetzentwürfe vorzulegen, durch die die Nebereinkommen über die Entschädigung aus Anlaß von Berufskrankheiten und über die gleiche Behandlung einheimischer und ausländischer Arbeiter bei Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen ratifiziert werden. Ferner wird die Reichsregierung ersucht, die Unfallversicherung auf Feuerwehren, Wanderkantanten, Bühnenbetriebe auszudehnen.

Abg. Frau Schröder (Soz.) stellt vor, daß mit der Ratifizierung des Genfer Abkommens wieder ein Schritt auf dem Gebiete internationaler sozialer Maßnahmen getan werde. Die Rednerin beantragt, auch die Anzeckelsten der

Gast- und Schankwirtschaften in die Unfallversicherung einzubeziehen.

Abg. Dr. Moldenhauer (VSP.) verlangt, daß nicht neue Versicherungsträger geschaffen, sondern daß neu zu versichernde Gruppen den bestehenden Versicherungsträgern angegliedert werden.

Abg. Fiegler (Dem.) begrüßt die Ratifizierung, hätte aber gewünscht, daß schon jetzt alle drei Abkommen ratifiziert werden.

Abg. Arendsee (Komm.) fordert Aufnahme des Gastwirtschafts- und der Hausangehörigen in die Unfallversicherung.

Unter Ablehnung der Änderungsanträge werden die Ausschussanträge angenommen.

Das Haus verlegt sich auf Donnerstag, 16 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen: Strafverfolgung kommunistischer Abgeordneter, Handelsvertrag mit Jugoslawien, Bericht des Rubrausschusses, Spiritusmonopolgesetz. Schluß nach 19 Uhr.

Dr. Köhler zur Befoldungsreform

Berlin, 7. Dez. (Zuspruch.) Reichsfinanzminister Köhler wies heute im Haushaltsausschuß des Reichstags darauf hin, daß sich das Reichskabinett eingehend mit den Befoldungsfragen beschäftigt habe. Die Reichsregierung sei in ihrer Gesamtheit der Auffassung, daß sie grundsätzlich an der Vorlage festhalten müsse. Das sollte nicht aus, daß sie einzelnen Änderungen sympathisch gegenüberstehe, aber unter der absoluten Voraussetzung, daß die finanziellen Auswirkungen unter keinen Umständen über die Vorlage hinausgehen. Solange der Nachweis für Einhaltung des Gesamtaufwandes nicht erbracht sei, müsse die Regierung an ihrem ablehnenden Standpunkt gegenüber den vorliegenden Anträgen festhalten. Auf eine Anfrage hielt der Minister an diesem Standpunkt aufs entschiedenste fest und verwies auch auf die Rückwirkungen auf die Reichsbahn und Post. Die Reichsbahn habe die ernstesten Bedenken gegen weitere finanzielle Änderungen geäußert. — Abgeordneter Duack (D.Nat.) fordert darauf vom Minister genaue Zahlenangaben, da eine Schlechterstellung der Reichsbeamten gegenüber den preussischen Beamten unmöglich sei. Der Minister machte darauf Angaben über die finanzielle Auswirkung der Anträge auf Verbesserung des Befoldungsstandes usw. und stellte fest, daß sämtliche Anträge neue Mittel erforderten. Die Frage der Ministerialzulagen müßte im Reich und Preußen einheitlich gelöst werden. Der Ausschuß wandte sich dann dem Kapitel Parteigelder, Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge zu. Die Regierungsparteien beantragten, baldigt durch Gesetzeswerk zu erreichen, daß Parteistandbeamte, deren Weiterverwendung im Dienst ausgeschlossen erscheint, in dem Ruhestand verbleiben können.

Die bayerische Regierung zur Pfalzbesetzung

München, 8. Dez. In Beantwortung einer Anfrage im bayerischen Landtag teilte die bayerische Staatsregierung über die Besetzung der Pfalz mit, daß die Garnitionsstärke der Pfalz vor dem Kriege 11 000 Mann betrug, während die französische Garnitionsstärke in der Pfalz im Herbst 1926 vor Rocarno 14 400, im Frühjahr 1926 nach Rocarno 17 400 Mann betragen habe. Diese Kopfzahl sei dann allmählich bis Mitte dieses Jahres auf rund 15 000 Mann gesunken. Von der planmäßigen Gesamtbesatzungsänderung um 10 000 Mann träfen auf die Pfalz rund 800 Mann. Speziell soll eine Vermehrung von 158 Mann erfahren. Schließlich teilte die Regierung mit, daß es in der Pfalz noch etwa 500 farbige Besatzungssoldaten gäbe. In privaten und kommunalen Gebäuden der Pfalz seien am 15. September 1927 für die Besetzung 710 Wohnungen beschlagnahmt; eine merkliche Erleichterung des Wohnungsmarktes sei von der jetzigen Truppenvermehrung nicht zu erwarten. Bezüglich der jüngsten Ausschreitungen von Besatzungsangehörigen habe die bayerische Staatsregierung die Befehlshaber und die Reichsregierung unterrichtet. Am Oktober seien in der Pfalz sieben Fälle von Ausschreitungen festgestellt worden. Staatsregierung und Reichsregierung wirkten seit der Besetzung dauernd darauf hin, daß die wehrlose deutsche Bevölkerung vor Ausschreitungen bewahrt bleibe und daß Unberührte eine entsprechende Entschädigung erhalte. Diese Bemühungen würden mit allem Nachdruck fortgesetzt.

Gesundbeterstand in Werder

Berlin, 8. Dez. In Werder an der Havel sind zwei Söhne einer Familie durch Gesundbeterwahn an Diphterie gestorben. Die erkrankten Kinder, zwei und acht Jahre alt, wurden von den Eltern nur durch Gebete behandelt. Auch ein sogenannter „Gesundbeter“ aus Potsdam soll seine Hand im Spiele gehabt haben. Ein Arzt wurde erst hinzugezogen, als bei einem Kinder der Totenschein auszufüllen war. Als der Arzt nach anfänglicher Weigerung der Eltern das zweite Kind untersuchte, mußte er feststellen, daß auch hier seine Hilfe zu spät kam. Auf Anordnung des Kreisarztes

Durchlaucht-Frau Gildenwerth ROMAN VON FRED NELIUS

Vor dem Fenster. Die Herzogin bewohnt zurzeit mit ihrer Jungfer drei Zimmer der „Urvasi“, der Dependance des Vahmann-Sanatoriums. Gegen sechs Uhr abends rief eine bekannte Stimme von der Straße ihren Namen. Als sie an das Fenster trat, stand der Herzog auf dem Bürgersteig. In Haltung . . . Anzug . . . Gesichtsmitt so ohne Zweifel der Erbschöffe, daß sie geltend ausschrte. Die Jungfer, die dazu kam, sah auf den Hinweis der Prinzessin nach der Straße. Sie will beschwören, daß dort hohenaftenberg gestanden habe. Er lächelte in seiner höhnisch überlegenen Art. Und ging . . .

„Hat die Frau Herzogin die Kriminalpolizei benachrichtigt?“

„Mein sehr Verehrter, Sie sehen die Dinge eben von dem Gesichtswinkel des Gefunden. Ich sagte eben schon, der Schwindler . . . das Sputzgespenst . . . der Pseudoherzog hat seine Berechnung scharf und logisch auf die Psyche einer noch immer tranken . . . einer zum mindesten stark sensiblen Frauenseele eingestellt. Verlegen Sie sich in die Lage der Prinzessin, die in dem Wahn lebt, daß sie ihren Mann erschossen hat. Auf einmal tritt der Veritorbene lebhaftig vor sie hin. In der tiefsten seelischen Erregung, die dies unerklärliche Erscheinen auslöst, spricht nur das Gefühl, nicht die Vernunft. Das Gewissen mahnt an eine ungeführte Schuld. Soweit ist in der Logik des Verbrechens alles richtig. Aber nun kommen Redenfehler. Er hat einmal das moralische Reinsichtigkeitsgefühl der Herzogin zu wenig in Betracht gezogen. Sie ist fest entschlossen — jetzt mehr denn je — sich selbst der Staatsanwaltschaft zu stellen . . . unter ihrem Eide zu bezeugen, daß sie auf hohenaftenberg geschossen habe . . . dann aber auch Klarheit in die Gelpensterangelegenheit zu bringen. Sie sagt selbst „Gelpensterangelegenheit“. Der Erpresser (darauf scheint die Sache auszulaufen) hat sich zum zweiten nämlich doch ein wenig in der Tapferkeit der Herzogin verrecknet. Der redvivus hohenaftenberg löst in ihr weniger Furcht aus als das — krankhafte, gewiß — Bedürfnis, sich von einer Schuld zu reinigen. Nicht gegenüber ihm,

sondern vor dem Forum des Gerichts. Wahrheit für ihn . . . leidet aber auch für uns.“

Zieten schüttelte den Kopf. Er dachte nach.

„Würde das Gericht dem Zeugnis einer Kranken glauben?“

„Ich hob die Schultern. „Weiß man das? Nach Gutachten der Aerzte ist die Prinzessin geistig völlig klar. Es würde ein Rechtsstreit um Geist und Seele der Prinzessin werden. Jeder, der es mit der Vernunft gut meint, will ihr dies ersparen. Die entsetzliche Geschichte soll nun endlich ruhen. Vielleicht gelingt es uns, den Schwindler ohne Aufsehen zu entlarven, ehe weiteres Unheil angerichtet werden kann.“

„Ich sah nach der Uhr. „Meine Zeit ist leider um. Ich muß zur Bahn. Ich möchte herzlich bitten: Suchen Sie die Prinzessin morgen auf. Sie selbst hat das Bedürfnis, sich mit Ihnen, der um sie gelitten hat, allein auszusprechen. Vielleicht gelingt es Ihnen, die Gewissensängste der Prinzessin zu zerstreuen. Wir bleiben in Konner. Rufen Sie mich telephonisch an. Ich bin stets für Sie verfügbar. Und nun Dank für alle Mühe und gute Wünsche auf den Weg.“

Am nächsten Tage equipierte Jürgen sich mit Cutwan und hohem Hut. Da es regnete, bestellte er ein Auto und fuhr zum „Weißen Hirs“.

In der „Urvasi“ fandte er seine Karte durch das Zimmermädchen zur Herzogin von hohenaftenberg.

Sie war zu Hause.

Die herzogliche Jungfer nahm ihm im Salon den Mantel ab. Sie bat, zu warten.

Jürgen klopfte wild das Herz. Er stand in einem auf weichen Luxus abgestimmten Raum. Trotz der Tagesstunde brannte Licht. Die flüsterfarbenen Vorhänge waren zugezogen. Unwirklich . . . wie ein Traum aus einer andern, grauen Welt hört man die Regentropfen an den Fensterstößen. Von den Tischchen — dem Kaminsims hinter Blumenjardiniere und japanischen Satsuma-Bäsen leuchtete das sanft getönte Licht von Lampen hinter bunten Schleiern.

Es roch nach Rosen. Die Tür zum Nebenraum ging leise auf. Frauenröcke rauschten. Orangefarbenes Licht schimmerie wie eine Aureole um einen einen Frauenkopf mit blondem Haar. Um weiche, schlafne Glieder schwarzer Crepe de Chine. Die großen mandelförmigen Augen leuchtend blau. Herbe Anmut in den schönen Zügen . . . Sozial Liebreiz . . . Ein verrirtes Lächeln.

Eine Belle bangen Jagens schlug in Jürgens Blut. Vor dem leichten Duft der Parma-Beilchen erzitterte sein Herz.

Er war verwirrt.

„Durchlaucht . . .“

Sie reichte ihm die Hand. „Bitte, nehmen Sie doch Platz.“

Und dann, als sie beide saßen, mit der sicheren Anmut einer großen Dame: „Ich danke Ihnen innig, daß Sie kamen. Es gibt so vieles zwischen uns zu klären . . . aus verworrenem Knäuel zu lösen — für mich — gerade Ihnen gegenüber — gut zu machen . . . zu sühnen.“

„Nein, Durchlaucht — nichts.“

„Ich habe die Zeitungen gelesen — alle, deren ich habhaft werden konnte. Ich kenne alles was die Schmachthat über mich zusammenbringt . . . über meine Ehe . . . deren Folgen — über Sie und mich.“

Die verschlungenen Frauenhände lagen in dem sanft getönten Lopenlicht wie ein weißes Band auf schwarzem Kleid. Jürgen verfolgte das nervöse Spiel der feinen Finger . . . er sah die Ringe funkeln . . . die rosigen Nägel . . . Er trank die Bönne dieser letzten Worte: „Leber Sie und mich.“

„Meine Frauenehre . . . der alte Fürstennamen, den ich trug, ist durch den Schmutz geschleift. Der Pöbel hat darauf gepöln . . . getreten . . .“ Sie hob die weiße Hand. „Ich will nicht bitter werden. Ich wollte sagen: es gibt nichts mehr zu verschweigen oder zu bemängeln. Nur noch berichtigend oder zu ergänzen. Und — Schulden einzulösen . . .“

Sie haben mich damals . . . im Sommer des vergangenen Jahres . . . als sie durch das Fenster stiegen, in einem Zustand angetroffen, der für eine Frau die größte Schmach bedeutet, die sie leiden kann. Gedemütigt . . . geschlagen und getreten. Ich glaubte damals, daß man Sie — trotz des Verbotes des Herzogs — als Arzt gerufen hätte. Dann erfuhr ich, daß Sie sich ins Haus geschlichen haben. Ich sah in Ihnen den Vertrauten meines Mannes. Ihre Gefelligkeit wurde mir vom Herzog aufgedrängt. Alles in mir lehnte sich dagegen auf. Ich wußte, daß mein Mann Subjekte anzuwerben liebte, um mich zu bewachen. Ich habte Sie.“

Ein halbes Lächeln . . . gutig . . . hilflos . . . rührend.

„Damals. Ich weiß längst, daß ich Ihnen unrecht tat, Herr Gildenwerth. Daß alles anders war. — Erlassen Sie es mir, zu schildern, wie der Herzoa diese Ansicht in mir stärkte.“

Ist sofort eine polizeiliche Untersuchung in dieser Sache angeordnet worden.

Eine offizielle Stellungnahme zur Frage „Preisgestaltung und Einzelhandel“

Das sächsische Wirtschaftsministerium hat der sächsischen Einzelhandels-Gemeinschaft auf Anfrage folgendes Schreiben zugehen lassen:

Auf das Schreiben vom 5. Oktober wird folgendes mitgeteilt: Die Annahme des Bundes Sächsischer Staatsbeamten, daß vor der Befolgsregelung eine „Preistreibe“ eingeleitet habe, wird schon durch den vom sächsischen Statistischen Landesamt errechneten Lebenshaltungszindex widerlegt: dieser beträgt für Juli 151,8, für August 148,1, für September 148,3 und für den ersten Oktobertermin, ohne die 10prozentige Mieterhöhung, 147,9 (mit dieser 149,9). Weiter erscheint dem Wirtschaftsministerium bei dem lebhaften Konjunkturkampf, der gerade im Einzelhandel mit Warenständen des täglichen Bedarfs herrscht, kaum wahrscheinlich, daß die gegenwärtige Einzelhandelspanne ausreicht, Erhöhungen der Großhandelspreise „aufzufangen“. Diese Preise werden allerdings bei der Erhöhung der Preise für einige ausländische Rohstoffe und bei den im Laufe des Jahres eingetretenen Lohnerhöhungen für manche Waren wohl nicht unverändert bleiben können. Das Wirtschaftsministerium hat deswegen durch seine Verordnung vom 29. September den beteiligten Gewerbetreibenden empfohlen, in soweit selbst die Deffentlichkeit hinreichend aufzuklären.

Wirtschaftsministerium Abteilung für Handel und Gewerbe, gez. Dr. Klein.

Wir begrüßen dieses Schreiben des Wirtschaftsministeriums deshalb weil die in ihm enthaltene sachliche und überzeugende Aufklärung zweifellos geeignet erscheint, Mißverständnisse und Mißstimmungen zwischen verschiedenen Schichten unserer Bevölkerung auszugleichen und zu beseitigen.

Badischer Landtag

Vormittags-Sitzung.

Karlsruhe, 7. Dez. Der Badische Landtag führte in seiner heutigen Sitzung die Landwirtschaftsdebatte zu Ende. In ausführlicher Weise verbreitete sich sodann der Präsident der Wasser- und Straßenbauverwaltung, Dr. Kuch, zu einem Antrag des Zentrums über stuhntechnische Maßnahmen zur Verhinderung von Hochwasserschäden. Er betonte, daß in den letzten Jahren zur Beseitigung der Mißstände viel geschehen sei. Nicht weniger als sieben Millionen seien aufgewendet worden, um Korrekturen durchzuführen. Im nächsten Etat werde eine große Position für eine Korrektur der Kinzig erscheinen. Die Nachkorrektur sei ein weiteres Projekt, das seiner Lösung harre. Der Zentrumsantrag fand dann auch die einstimmige Zustimmung des Hauses. Ebenfalls einstimmig Genehmigung fand die vom Staatsministerium angeordnete Vorausbewilligung von 1,5 Millionen RM zur Beschaffung von Schotter- und Pflastersteinen für die Instandsetzung der Landstraßen vorbehaltlich der Aufnahme in den Haushaltsplan 1928/29. Ausführliche Mitteilungen machte Staatspräsident Dr. Remmele in seiner Eigenschaft als Innenminister auf eine kommunalistische Förmliche Anfrage, die sich mit Vorkommnissen anlässlich eines kommunalistischen Demonstrationsszuges am 20. November d. J. in Friesenheim abspielten und von einem ungebührlichen Vorgehen der Schulbeamten wiesen. Nachdem Oberregierungsrat Stock eine atemmäßige Darstellung der Vorgänge gegeben hatte, erklärte Minister Remmele in Ergänzung hierzu, daß den Beamten in Ausübung ihres Amtes in einem Falle wie der vorliegende kein Vorwurf gemacht werden könnte, ungebührlich gehandelt zu haben. Der Minister wandte sich sehr scharf gegen die von den Kommunisten gehandhabte Form der Agitation, wie dies auch am letzten Sonntag in Karlsruhe geschehen sei. Frauen und Kinder einem Demonstrationsszug voranzuschleichen in der wohl berechneten Absicht, eine moralische Entrüstung in der Bevölkerung hervorzurufen. Uebergriffe von Polizeibeamten, wie sie auch tatsächlich schon vorgekommen seien, würden disziplinar geahndet werden. Eine förmliche Anfrage der gesamten Zentrumsfraktion befaßt sich mit den Wünschen der Deuberggemeinden, den Truppenübungsplatz als solchen mehr als bisher in Benutzung zu nehmen, ohne Beeinträchtigung des Kindererholungsheims, um wirtschaftliche Nachteile wieder auszugleichen. Weiter wird die Regierung gefragt, ob sie bereit sei, bei der Reichsregierung dahin vorzutreiben zu werden, daß das Reich den Gemeinden den durch die Inflation entstandenen Schaden im Hinblick auf die ihm abgetretenen Realwerte wieder autmacht. Regierungseits wurde mitgeteilt, daß die unternommenen Schritte der Regierung in dieser Richtung ergebnislos verlaufen seien. Wiederholte Einsuchen um Schadenersatz beim Reichsfinanzminister wurden abschlägig beschieden. Zum Schluß verwies Innenminister Dr. Remmele auf die Tatsache, daß heute nicht mehr irgendwo Truppen vorhanden seien, um die Truppenübungsplätze Heuberg und Münsingen stärker zu belegen. Nächste Sitzung unbestimmt.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 7. Dez. (Berichtigung.) Gewerbeschlerkandidat Richard Quintel wurde in gleicher Eigenschaft an die Gewerbeschule Hockenheim versetzt. Der Gewerbeschule Sinsheim wurde Dipl. Ing. Schützler aus Sulzbach zur Dienstleistung zugewiesen.

Sinsheim, 8. Dez. (Der Saatenbestand in Baden Anfang Dezember.) Die Feldgeschäfte konnten bei anhaltend guter Witterung des ganzen Monats November fast überall zu Ende gebracht werden. Die Einsaat des Wintergetreides ist mit vereinzelten Ausnahmen vollzogen. Die frühen Saaten haben sich im allgemeinen kräftig entwickelt und zeigen dichten Bestand, während die spät untergebrachten da und dort noch zurückgeblieben sind und deshalb nicht immer ebenso günstig beurteilt werden. Aus mehreren Bezirken verschiedener Landesteile wird über Schneckenfraß in den Saaten berichtet, jedoch wird der bis jetzt festzustellende Schaden als nicht sehr beträchtlich bezeichnet. Dasselbe gilt von den Saatkrahen (Raben), die in manchen Gegenden in großer Anzahl beobachtet werden. Nach vorliegenden Berichten war eine Nachfaat in erheblichem Umfang bis jetzt noch nicht erforderlich. Feldmäuse sind fast nirgends in auffällender oder bedrohlicher Anzahl vorhanden.

Steinsfurt, 7. Dez. (Biehzählung.) Das Ergebnis der dieser Tage stattgehabten Biehzählung ist folgendes: Pferde 79 (80), Rindvieh 468 (442), Schweine 521 (514), Schafe 350 (332), Ziegen 180 (193), Federvieh 3268 (3237), Hunde 90 (89).

Riehen, 7. Dez. (Milchwirtschaftliches.) Am letzten Dienstag fand in der Ortsgruppe der Flechtgenossenschaft Riehen eine Versammlung statt, in der Herr Tierarzt Dr. Steibing aus Eppingen einen Vortrag über die Durchführung der Milchleistungsprüfungen hielt. Der Redner behandelte in kerniger und volkstümlicher Weise diese sehr interessante Angelegenheit und wies darauf hin, daß es heute unbedingt nötig sei, die Milchtiere einer

Prüfung daraufhin zu unterziehen, ob sie sich rentieren oder nicht. Außerdem ist es erforderlich, daß der Zuchtverband endlich daran geht, diese Prüfungen einzuführen, denn sonst könne dieselbe in keiner Weise eine Konkurrenz aufnehmen. Im Interesse einer rationellen Wirtschaft liegt es, diese Leistungsprüfungen einzuführen und darauf zu achten. Inspektor Steinbauer von der Mannheimer Milchzentrale, welcher zufällig anwesend war, betonte ebenfalls die Notwendigkeit dieser Einführung, da doch sehr bald die Bezahlung der Milch nach Fettgehalt erfolgen dürfte und der Bauer in diesem Falle gerüstet sein muß. Er führte ferner die Arbeitsweise in den preussischen Kontrollvereinen an. Eine Leistungsprüfung ist die Kuh „Königin“ Herdbuch Nr. 20848 vom Herdbuchverein in Insterburg (Ostpreußen), welche in 365 Tagen, also in einem Jahr, 10 157 Kg. Milch mit 3,96 Proz. Fettgehalt = 402 Kg. reines Fett = 804 Pfund oder 9 Zentner Butter produzierte. Auffallend ist der hohe Fettgehalt. Wie die Fütterung war, ist nicht gesagt. Die Milchkuh „Königin“ lieferte außerdem 1925 = 7661 Kg. mit 3,30 Proz. Fettgehalt und 1926 = 8017 Kg. Milch mit 3,20 Proz. Fettgehalt. Ein Faren von dieser Kuh kam am 14. November 1927 in Insterburg zur Versteigerung. Diese Leistungskühe wurden in das deutsche Rinderleistungsbuch der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft aufgenommen. Nach regen Aussprachen schloß Herr Obmann Geiger die sehr interessante Besprechung, nachdem sich eine Anzahl Landwirte bereit erklärten, mitzumachen.

Kirchardt, 7. Dez. (Fußballverein.) Auch der Fußballverein wird eine Weihnachtsfeier veranstalten. Dieselbe wird am 1. Januar 1928 im Saale des Gasthauses zum „Ochsen“ stattfinden. Mit der Feier ist eine Cabarett- und Ball verbunden. Möge diese Feier dazu beitragen, auch denjenigen die Augen zu öffnen, die bisher unserer Bewegung noch fern standen. Der Fußballsport hat seine Vorzüge auch, genau wie jeder andere Sport. Deshalb ist es auch am Platze, nach richtiger Erkenntnis der Lage dem edlen Fußballsport auch die Würdigung angedeihen zu lassen, die ihm gebührt. Möge dieser Abend auch den aktiven und passiven Mitgliedern noch ein regeres Interesse an unserem Sport erwecken.

Walbsdorf, 7. Dez. (Verschiedenes.) Der hiesige Turnverein wird am kommenden Freitag zum erstenmal mit der neugegründeten Damenriege regelmäßige Übungsstunden aufnehmen. Die Übungen werden aus Frei- und Stabübungen und Reigen bestehen. Die Leitung wird der benährte Turnwart August Kaiser übernehmen. In einer kürzlich stattgehabten Versammlung wurde beschlossen am 8. Januar kommenden Jahres ein Theaterstück „Das Brunneneibchen“ aufzuführen. Das Stück behandelt die bekannte Walbsdorfer Sage. Auch wird an diesem Abend die Damenriege sich der Deffentlichkeit zum erstenmal in ihren Übungen zeigen. Am 15. Januar wird ein Ball auch den tanzlustigen Mitgliedern gegeben. — Für den nach Mexiko verlegten Herrn Kaplan Meckler wurde Herr Kaplan Hämmerle von Heidelberg nach hier versetzt.

Neidenstein, 7. Dez. (Unfall.) Der 51-jährige Schreiner Ludwig Bogt, der mit Dreihen beschäftigt war, fiel gestern vom Gelände in der Scheune 4 1/2 Meter hoch herab auf die Tenne. Infolge der erlittenen Verletzungen wurde er ins Krankenhaus nach Heidelberg gebracht.

Neckarbischofsheim, 7. Dez. (Verschiedenes.) Ein Ereignis von besonderer Bedeutung steht uns für den kommenden Sonntag bevor. Erfolgt doch an diesem Tage hier die Uraufführung des von Hans Schmid verfassten Heimatpiels „O du Heimat“. Die Rollen liegen durchweg in guten Händen, so daß das Spiel, das ein Stück Neckarbischofsheimer Geschichte aus der Zeit des dreißigjährigen Krieges vor uns lebendig werden läßt, einen vollen Erfolg erzielen dürfte. — (Ergebnis der Biehzählung am 1. Dezember 1927.) Pferde 90 (85), Rindvieh 495 (499), Schweine 596 (535), Schafe 261 (276), Ziegen 132 (124), Federvieh 3162 (3101), Kaninchen 61 (11), Bienenvölker 30 (20), Hunde 77 (80). Die Zahlen in Klammern sind das letztjährige Resultat.

Adelsheim, 7. Dez. (Biehzählung.) Die Biehzählung ergab in hiesiger Gemeinde: 95 (102) Pferde, 656 (591) Rindvieh, 718 (590) Schweine, 32 (35) Ziegen, 1841 (1855) Federvieh, 47 (55) Kaninchen, 32 (34) Bienenvölker, 33 (37) Hunde. Auf dem Dammbhof war das Ergebnis: 13 (14) Pferde, 50 (38) Rindvieh, 14 (11) Schweine, 119 (112) Federvieh, 2 (2) Hunde.

Rauenberg, 7. Dez. (Sammlung für die Ausgesperrten.) In hochherziger Weise haben die hiesigen Jungbörner in unserer Gemeinde eine Hausammlung für die ausgesperrten Tabakarbeiter vorgenommen. Dank des großen Verständnisses das man hier der Not der Tabakarbeiter entgegenbringt, gelang es, einen namhaften Betrag zusammenzubringen. Dieser wird nach dem Plane des Verbandes der christlichen Tabakarbeiter an die Hauptkassette des Verbandes in Düsseldorf abgeführt werden, wo er dann für den geplanten Zweck verwendet werden wird.

Meckesheim, 6. Dez. (Vom Tabakbau.) Heute wurde in hiesiger Gemeinde der Tabak der 1927 ernte verwogen und verladen. Der Preis war ja nach Qualität verschieden. Für erste Sorte wurden 54 Reichsmark, für zweite Sorte 51 und für dritte Sortierung 48 Reichsmark bezahlt. Für Sandblätter wurden pro Zentner 40 Reichsmark geboten. Die Käuferin war die Firma Weil aus Graben, nach deren Lager der Tabak verbracht wurde.

Wiesloch, 7. Dez. (Wahlkreisreform des Zentrums.) Am Sonntag fand hier im Gasthof „Zum Freihof“ eine von den Bezirken Wiesloch und Sinsheim besetzte Zentrumswahlkreisreformkonferenz für den neuen Wahlkreis 17, der die Amtsbezirke Wiesloch und Sinsheim umfaßt, statt. Aus den Abgeordnetenkreisen waren erschienen: Landtagspräsident Dr. Baumgärtner und die Abgeordneten Schneider und Hartmann aus Heidelberg. Nach einem einleitenden Referat des Bezirksvorsitzenden der Zentrumspartei des Amtsbezirks Wiesloch, Justizobersekretär Börner, der den Plan der Organisation des neuen Wahlkreises vorlegte, machte Abg. Schneider Ausführungen über das neue Wahlgesetz. Die Wahl der Delegierten für die einzelnen Gemeinden brachte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Justizobersekretär Börner-Wiesloch; 2. Vorsitzender: Bezirksbaummeister Huber-Sinsheim; Schriftführer: Dr. Kern-Wiesloch; Redner: Verwaltungsinспектор Kaufsch-Wiesloch. Auf den Bezirk Wiesloch entfielen 24 Delegierte, auf den Bezirk Sinsheim 9 Delegierte. Daran anschließend referierte Abg. Hartmann über die Verhandlungen zwischen den Tabakarbeitern und den Unternehmern in Berlin. Landtagspräsident Dr. Baumgärtner führte zum Reichschulgesetz aus, daß die Bekennerschule gefordert werden müsse.

Hegbach i. O., 7. Dez. (Ein schweres Autounglück) ereignete sich in dem benachbarten Güttensbad. Ein von Heiterbad kommendes neues Auto konnte die Kurve nicht nehmen und fuhr gegen ein Haus. Das Auto wurde völlig demoliert, das Haus schwer beschädigt. Der Fahrer kam mit dem Schrecken davon.

Oftersheim, 6. Dez. (Verhütetes Unglück.) Gestern Abend zwischen halb 6 und 6 Uhr konnte durch die Geistesgegenwart eines hiesigen 18-jährigen Mädchens ein Autounglück verhütet werden. Ein 8-jähriger Knabe, der seinen Kameraden über die Straße (Schweinger Weg) nachrannte, und das Herannahen eines Personenautos nicht bemerkt hatte, stolperte und stürzte zu Boden. Das Mädchen konnte ihn gerade noch vor den Rädern des Autos wegziehen. Schaden hat er nicht erlitten.

Mannheim, 8. Dez. (Nicht aussteigen bevor der Zug hält.) Eine 24-jährige Fabrikarbeiterin, die vorzeitig von der Kleinbahn Mannheim-Heddesheim absteigen wollte, kam dabei zu Fall und wurde mehrere Meter weit geschleift.

Mit einer Wirbelsäulenverletzung wurde sie ins Krankenhaus eingeliefert.

Maulburg, 8. Dez. (Einbruch in das Stationsgebäude.) In der vorvergangenen Nacht wurde in das Stationsgebäude Maulburg eingebrochen. Dem Einbrecher fiel jedoch nichts in die Hände, da das Geld am Abend weggeschafft worden war. Der Einbrecher geriet aufsteigend darüber so in Wut, daß er sämtliche Tintenfassler im Vorraum überall verprügelte.

Heidelberg, 8. Dez. (Zwei Heidelberger als Schiffbrüchige.) Wie aus Lübeck gemeldet wird, ist seit vier Wochen der Motorjohner „Lübed“ verschollen und vermutlich mit der gesamten Besatzung von elf Mann in der Nähe von Schottland untergegangen. Unter den Ertrunkenen befinden sich wahrscheinlich auch zwei Heidelberger, der 18-jährige Erich Brunt und der gleichaltrige Hans Kirchgäbner.

Heidelberg, 8. Dez. (Notlandung eines Flugführers.) Das Flugzeug D 79 der Luftfahrtgesellschaft m. b. H. Böblingen das am Dienstag bereits bei Walldorf infolge dichten Nebels notlanden mußte und nach zwei Stunden weiterfliegen konnte, verirrte sich nachmittags gegen 3 Uhr über Heidelberg nochmals. Da außerdem der Motor zu versagen drohte, entschloß sich der Führer, ein Flugführer, zur Notlandung auf dem College-Sportplatz; dabei blieb das Flugzeug des Flugzeugs am Holzbaum des Sportplatzes hängen, die Maschine kippte nach vorn über und wurde schwer beschädigt. Der Piloter blieb unverletzt. Das Flugzeug wird heute nachmittag zum Rücktransport abmontiert.

Heidelberg, 8. Dez. (Keine württembergische Firma bei dem Heidelberger Reparaturschwindel beteiligt.) Im Zusammenhang mit der Mitteilung über die Wittebedung des Reparaturschwindels in Heidelberg wurde in einem Teil der Presse die Nachricht verbreitet, daß auch eine württembergische Firma, und zwar die Firma Gebr. Schwarzkopf A.-G. in Nordheim bei Heilbronn, geschädigt sei. Wie die Firma Schwarzkopf mitteilt, kennt sie den verhafteten Reparaturschwindler nicht und ist auch in keiner Weise geschädigt worden.

Landau, 8. Dez. (Ein neuer Schwarzbrenner-Prozess.) Ein großer Schwarzbrenner-Prozess begann heute vor dem großen Schöffengericht Landau. Angeklagt ist der Großbrennereibesitzer Georg Müller aus Landau, dem zur Last gelegt wird, insgesamt 37 000 Liter reinen Alkohol schwarz gebrannt und so die Zollbehörde um hohe Beträge betrogen zu haben. Der Beschuldigte gibt zu, etwa 4 bis 5000 Liter Schnaps aus wirtschaftlicher Not schwarz gebrannt zu haben und ist bereits wegen Schwarzbrennens vorbestraft.

Frankenthal, 8. Dez. (Vertrafte Eitelkeit.) Der 28-jährige Eisenreder Adolf Schanz aus Oppau fuhr mit seinem Motorrad freihändig mit großer Geschwindigkeit auf der Heßheimer Straße. Er verlor die Herrschaft über sein Rad, stürzte und erlitt einen schweren Schädelbruch mit Gehirnerschütterung.

Philippsthal bei Bruchsal, 8. Dez. (Funde aus der Festungszeit.) Beim Stürzen seines Alters im Gewann „Hohewiesen“ fand der Landwirt Adolf Zieger, dicht beisammenliegend, 13 Kanonenkugeln und einen Spaten. Es sind untypische Kugeln, die vom Klotz stark zerkratzen sind. Die Umstände des Fundes sprechen dafür, daß an jener Stelle eine Geschützstellung war, die noch zum Bereiche der Festung gehörte.

Durlach, 8. Dez. (Zu dem tödlichen Unfall, dem, wie gemeldet, Bauunternehmer Alfred Hornung zum Opfer fiel, wird noch von Augenzeugen mitgeteilt, daß Hornung mit seinem Fahrrad auf der rechten Seite der Straße Durlach-Karlsruhe fuhr, plötzlich ohne einen erkennbaren Grund die Straße nach links überkreuzte und auf diese Weise in die Fahrtrichtung des unmittelbar hinter ihm herkommenden Kraftwagens hineinfuhr, der von der Tochter des Gutsbesitzers Merton von Rittmuth gesteuert wurde. Die Lenkerin des Autos dürfte an dem Unfall keine Schuld treffen. Die sofort eingeleitete behördliche Untersuchung muß abgewartet werden und wird eine Klärung des tiefbedauerlichen Unfalls bringen.

Bruchhausen bei Ettlingen, 8. Dez. (Identifizierung.) Ueber den gemeldeten tödlichen Unfall bei Bruchhausen erfahren wir noch, daß der Verunglückte der 30 Jahre alte ledige taubstumme Beder von Bruchhausen ist, der bei dem nebligen Wetter sich nicht mehr zurechtgefunden hatte.

Offenburg, 8. Dez. (Ein Kapuzinerkloster.) Am nächsten Sonntag wird das neuerbaute Kapuzinerkloster an der Bühlerstraße seiner Bestimmung übergeben werden. Es ist das zweite Mal, daß hier ein Kapuzinerkloster gegründet wird; das erste Mal geschah es im Jahre 1640, wo das Kloster in der Gymnasiumsstraße (seit Notariat und altkatholische Kirche) erbaut wurde, das der Säkularisation im Anfang des vorigen Jahrhunderts zum Opfer fiel.

Ahl, 8. Dez. (Das Opfer eines unbeleuchteten Fuhrwerks.) Dienstagabend gegen 7 Uhr fuhr ein Radfahrer so heftig an die Deichsel eines unbeleuchteten auf der Straße stehenden Wagens, daß er vom Rad stürzte und bemußlos liegen blieb. Der Besitzer des Wagens wurde zur Anzeige gebracht.

Singen a. S., 8. Dez. (Tödlicher Jagdunfall.) Eine in oberbadischen Jägerkreisen bekannte Persönlichkeit, Arthur Hoffner, Weingroßhändler in Zürich, verunlückte bei einer Streife durch sein Jagdrevier in Mählen (Schweiz) am 1. Dezember dadurch, daß er beim Ueberqueren von gefällten Bäumen ausglitt, wobei sich sein Gewehr entlud und die ganze Schrotladung ihn so schwer in den Kopf trat, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Hoffner beteiligte sich in den letzten Jahren stark an badischen Jagden, zuletzt war er Teilhaber an der Gemeindejagd in Randegg.

Stuttgart, 8. Dez. (Lebendig begraben.) In der Stadthalle erfolgte die Vorführung des Experiments des Todeschläfers Totha, der sich hundertzwanzig Stunden 2 Meter tief in der Erde aufhalten will. Gelingt der Vorgang, so beweist es, was menschliche Energie und Selbstbeeinflussung zu leisten vermögen. Totha verlebte sich zunächst in einen Trancezustand, danach in lethargie, in einen hypnotischen Hochschlaf, der dann völlige Körperstarre mit sich brachte. Dem „Vegräbnis“ wohnten außer mehreren hundert Zuschauern auch Sanitäter und zwei Ärzte an. Totha, ein großer Mann von etwa 50 Jahren, erschien, nachdem er eine Abendmahlzeit zu sich genommen hatte, angezogen mit weißen Kleidern. Sodann kletterte er in den Sarg, der mit einem Glasdeckel geschlossen wurde. Nach kurzer Zeit war Totha in seinen Todeschlaf versunken. Der Sarg wurde umschürt und versiegelt in die Erde gesenkt. Das Kopfende des Sarges ist durch einen Schacht, der von der Behörde angeordnet wurde, für die Blicke des Publikums zugänglich, so daß während des ganzen Vorganges von unbeteiligter Seite stetig Kontrolle ausgeübt werden kann. Nächsten Samstagabend wird der Sarg geöffnet und Totha wird bewiesen haben, ob er seine Verprechung gehalten hat.

Kehl, 7. Dez. (Die Paktkontrolle.) Zu der Blättermeldung über die Aufhebung der Paktkontrolle auf dem Bahnhof Appenweier berichtet die „Kehler Zeitung“, dass an amtlicher Stelle über das Datum des Inkrafttretens der Paktkontrolle an der Kehler Brücke und die Aufhebung der Kontrolle in Appenweier noch nichts Bestimmtes bekannt ist.

Lahr, 7. Dez. (Einbrecher verhaftet.) Hier wurde ein lediger Landwirt aus Großweier (Amt Achern) festgenommen und ins Bezirksgefängnis eingeliefert. Er hatte in den letzten Tagen mehrere Einbrüche ausgeführt, darunter einen in den Gepäckraum des Güterbahnhofs Achern.

Billingen, 7. Dez. (Fasnachtszug.) Es wurde nunmehr beschlossen, den großen historischen Fasnachtszug an kommender Fasnacht als Umzug der historischen Billinger Zünfte zu veranstalten. Jede Zunft wird durch einen Galawagen sowie durch geschichtliche Szenen mit humorvollem Einschlag vertreten sein.

Billingen, 7. Dez. (Plötzlicher Tod.) Infolge Herzschlages verschied der Bierbrauereibesitzer Wilhelm Ott im 59. Lebensjahr. Der Verstorbenen war eine weit über den Schwarzwald hinaus bekannte und angesehene Persönlichkeit.

Donauschingen, 7. Dez. (Brand.) Vorhebern nachmittags 5 Uhr brach auf bisher noch unaufgeklärte Weise im Speicherraum einer Werkstat ein Brand aus, dem die sämtlichen Vorräte desselben, die aus Holz, Holzwole, Feer und Leinöl bestanden, zum Opfer fielen. Der Schaden ist beträchtlich.

Tengen, bei Engen, 7. Dez. (Vom Baum erschlagen.) Als die Holzhaue damit beschäftigt waren, eine Tanne zu fällen, drehte sich diese und begrub den Landwirt Friedrich Weir unter sich. Er war sofort tot. Der Verunglückte hinterlässt eine Frau und drei Kinder in unmündigen Alter.

Wehr, bei Schopfheim, 7. Dez. (Gut abgelaufen.) Durch die Geistesgegenwart des Bahnwärters am Uebergang der Straße Schopfheim-Wehr konnte ein erster Unglücksfall verhütet werden. Das Auto einer Weinhandlung in Wehr fuhr in die geschlossene Bahnbrücke hinein, in dem Augenblick, als vom Schopfheim der Personenzug heranbraute. Der Bahnwärter sprang dem Zug entgegen und vermochte durch sein Haltesignal den Zug noch rechtzeitig zum Stehen zu bringen.

Oberlauchringen (bei Baldshut), 7. Dez. (Selbstmord.) Hier hat sich der im 53. Lebensjahre stehende Martin Dietzsch an einem Anfall von Schwermut in seiner Wohnung erschossen. Er hinterlässt eine Witwe und 5 Kinder.

Ein Meineidsprozess vor dem Schwurgericht.

Offenburg, 7. Dez. Gestern begann der auf drei Tage vorgesehene Meineidsprozess gegen den Pfälzer Rhythier Dr. Fritz Wolfram, Abteilungsleiter bei der Firma Siemens u. Halske in Berlin, ein Sohn des ehemaligen Bibliothekars der Straßburger Universität, Geheimrat Wolfram, sowie gegen die 25jährige Pauline Hoppler aus Friesenheim. Dr. Wolfram ist beschuldigt, bei einer kommunistischen Vernehmung im März 1925 in Berlin, unter Eid falsche Aussagen gemacht zu haben, als er im Ehegerichtsprozess der Baronin v. Steinberg in Winterdorf bei Oberkirch bestritt, mit Frau von Steinberg intime Beziehungen unterhalten zu haben. Frau Hoppler, das damalige Dienstmädchen bei Geheimrat Wolfram, hat in dem Ehegerichtsprozess eidlich ausgesagt, sie habe nie behauptet, dass die Baronin mit dem damaligen Studenten Wolfram unangenehmen Verkehr unterhalten habe. Die Zeugnis wurde später aus dem Dienstverhältnis entlassen. Ein Nachbar des Barons erinnerte sich, dass die Frau Hoppler einmal obigen Vorgang im Hause erzählt habe. Dieser Mann mauchte sich an den Baron, der sich persönlich zu Frau Hoppler begab, und sie auf ihren damals geleisteten Meineid aufmerksam machte. Gleichzeitig schrieb er sich den Vorgang auf und ließ sich von Frau Hoppler zur Bestätigung ihrer Aussagen unterzeichnen.

Frau Hoppler bestritt gestern die Richtigkeit dieser Angaben und behauptete, damals lediglich aus Angst, einen Meineid geschworen zu haben, ihre Aussage so formuliert zu haben.

Eine weitere Zeugin, Frau Ullmann aus Luxemburg, will im Jahre 1921 an einem Abend im Stadtpark von Oberkirch auf ein Pärchen gestoßen sein. Sie erkannte bestimmt die Baronin von Steinberg. Nach ihrer jetzigen Aussage kamte sie aber den Herrn, der die Baronin damals küßte, nicht, während sie früher gesagt haben soll, der Herr sei der Angeklagte Dr. Wolfram gewesen. Frau Ullmann besteht auf der Richtigkeit ihrer jetzigen widersprechenden Aussagen. Dr. Wolfram hat wie früher, auch

heute jede intime Beziehung zur Baronin von Steinberg in Abrede gestellt. Lediglich ein freundschaftliches Verhältnis, aufgebaut auf gemeinsame Interessen, habe sie zuzumengen geführt, was aus zahlreichen Briefen der beiden hervorgehe. Da nicht weniger als 43 Zeugen in der Sache geladen sind, die heute und morgen vernommen werden, wird man auf den Ausgang dieser Verhandlungen gespannt sein dürfen.

Die Furcht vor den Hellschern.

Seelbach bei Lahr, 8. Dez. Dem einen Arbeiter gina seine Lohnhöhe mit 30 Mark Wochenlohn verlustig. Der geschädigte Arbeiter nahm seine Zuflucht zu den „Hellschern“ in Ottenheim. Am Samstag suchte er die Gebr. Seiler in Ottenheim auf, konnte sie aber nicht sprechen wegen zu großen Andrangs. Mit Mühe lernte er in seine Heimat zurück. Groß erkaunt und voller Freude fand er am Sonntagmorgen sein Geld in einem Briefumschlag unter der Haustüre. Die Furcht vor den Hellschern hatte den unredlichen Finder bewogen, das unrechte Gut seinem Herrn zurückzugeben.

Geschäftliche Mitteilungen.

Wald läuten die Weihnachtsglocken. Fürsorgende Liebe füllt mit weichen Gaben die Freude bereiten kann. In heutiger schwerer Zeit wird man in erster Linie zum praktischen Geschenke greifen. Nennen wir z. B. nur Maggi's bewährte Erzeugnisse: Maggi's Würze, Maggi's Suppen, Maggi's Fleischbrühwürfel, die jedem Haushalt willkommen sind. Durch ihre vielfältige Verwendbarkeit helfen sie nicht nur das teure Fleisch, Kohlen und Gas sparen, sondern erleichtern außerdem der Hausfrau die Kocharbeit.

Neueste amtliche Kurse

Table with columns for Anleihen, Bankaktien, Bergwerks-Aktien, Aktien in Industrie, Unternehmungen, and Devisen. Includes sub-sections like 'Kursen der Eisenbahnaktien' and 'Kursen der Industrieaktien'.

Marktberichte.

Schweinemarkt in Bruchsal vom 7. Dezember 1927. Angefahren wurden: Milchschweine 138, Käufer 24. Verkauf wurden: Milchschweine 70, Käufer 13. Höchster Preis für Milchschweine Paar 26.-, für Käufer 55.- RM. Häufigster " " " " 24.-, " " 46.- " Niedrigster " " " " 20.-, " " 40.- "

Erfolgreicher Schweinemarkt vom 7. Dezember. Preis der Ferkel pro Paar 14-20 Mark, Preis der Käufer pro Stüd 30-40 Mark. Geschäftsgang flau.

Karlsruhe, 7. Dez. Produktentörse. Abteilung Getreide, Mehl, und Futtermittel. Am Brotgetreidemarkt hat die etwas pessimistischere Beurteilung der argentinischen Ernte eine kleine Befestigung gebracht. Allerdings begegnet sie vorläufig einiger Zurückhaltung. Bessere Verhältnisse liegen nach wie vor fest. Auch Kraftfuttermittel immer noch gefragt. Deutscher Weizen 26,50-27, deutscher Roggen 25,50 bis 26,75, Sommergerste je nach Qualität 27,25-29,50, Sommergerste Ausbrotware Liefernotig. Wintergerste 22,25 bis 23,50, deutscher Hafer, je nach Qualität 21-24, Palamais, prompt und später 21,50-22, Weizenmehl, Mühl-

förderung 88-98,25, Roggenmehl, Mühlensförderung, fdbb. Fabrikate 96-98,75, Weizenfuttermehl prompt 15,75-16,50, Weizenkleie, fein 13,75-14, Weizenkleie, grob 14-14,25, Roggenkleie 14,25-14,75, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Biertreber, je nach Herkunft 18,25-18,75, Malzkeime 17,50 bis 18, Trockenmais per Dez. 11, per Jan. 11,50, Naps-tuchen Mannheimer Fabr., loje, 17,25, Erdnustuchen 24,50, Sojabrot 21,50, Speisefarviofeln, gelb 7,50-8,00, Speisefarviofeln, weiß 5,25-5,75 RM. - Raubfuttermittel: Vofel-Wiefenheu, gut, gesund, trocken 8-8,50, Luzerne 9-9,50, Weizen, Roggenstroh, drabigepreßt, je nach Qualität 4,25 bis 4,75. Alles per 100 Kilo, Mühlensfabrikate, Mais, Bier-treber, Malzkeime mit, Getreide und Trockenmais ohne Sad, Frachtparität Karlsruhe bzw. Fertigfabrikate Parität Fabrikation. Waggongpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. Alle Preise von Landesprodukten schließen sämtliche Speise des Handels, die vom Anlauf beim Landwirt bis zur Frachtparität Karlsruhe entstehen und die Umfassener ein. Die Erzeugerpreise sind entsprechend niedriger zu bemerken. - Abfertigung Weine und Spirituosen: Abfertigung von feineren Preisrückgaben für verbesserte Konsumweine in der Pfalz ist der Markt unverändert.

Radio-Programm

- for Freitag, den 9. Dezember 1927. Berlin (483), Königsplatz (1250), 20.30 Uhr: Symphoniekonzert. 22.30 Uhr: Nachtmusik. Breslau (322), 20.10 Uhr: Wagnerkonzert. 21.10 Uhr: Spielmanns-Balladen und -Schwänke. 22.30 Uhr: Schallplattenkonzert. Frankfurt (428), 13.00 Uhr: Schallplattenkonzert. 15.30 Uhr: Jugendstunde. 16.30 Uhr: Hausfrauennachmittag. 17.48 Uhr: Die Lesestunde. 18.30 Uhr: Vorträge. 20.15 Uhr: "Großstadtluft", Schwank. Darauf: Kaffel: Spätkonzert. Hamburg (394), 19.25 Uhr: "Otto und Theophano (Dione)" Musik v. Händel. Königsberg (329), 20.05 Uhr: Bayerischer Abend. Langenberg (468), 20.00 Uhr: (Elberfeld): Konzert. 22.00 Uhr: Plattdeutscher Humor. 22.45 Uhr: Tanzmusik. Leipzig (365), 20.15 Uhr: Mitteldeutsche Komponisten. München (535), 19.45 Uhr: Richard-Wagner-Abend. 20.45 Uhr: Konzert, Franz Lehar. Stuttgart (379), 12.30 Uhr: Schallplattenkonzert. 3.15 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.15 Uhr: Vorträge. 20.00 Uhr: Weihnachtskonzert. Anst. Grottesken-Abend. Davenport-Experimental (491), 19.45 Uhr: Oktettkonzert. 21.30 Uhr: Bunte Stunde. 22.00 Uhr: Konzert des Midland-Klavierfestivals. 23.15 Uhr: Tanzmusik. Davenport-London (361), 13.00 Uhr: Konzert. 16.50 Uhr: Konzert für die Schuljugend. 18.15 Uhr: Kinderstunde. 20.15 Uhr: "Mendelssohns Lieder ohne Worte". 21.00 Uhr: Symphoniekonzert. 22.35 Fortsetzung des Symphonieorchesters. Paris (1750), 13.30 Uhr: Konzert. 21.30 Uhr: Jazzmusik. 22.00 Uhr: Sendespiel. Wien (517), 20.30 Uhr: "Der eiserne Heiland". Zürich (588), 20.00 Uhr: "Gespenstisches und Wunderbares aus der deutschen Klassik und Romantik". 21.20 Uhr: Konzert. Prag (348), 22.10 Uhr: Lustiger Abend. 21.00 Uhr: Hörspiel. 22.20 Uhr: Uebertragung a. d. Narodni dum in Brnohrad.

Radio-Vertrieb

E. Schick, Uhrmachermeister, Sinshelm a. E. Dr. Selbst-Vertrieb - Lager in Telefonen, -Hörern, -Kameras, -Batterien - sämtlichen Ersatzteilen, Radio-Akkumulatoren-Beschaltung - Zersetzen etc.

Radio-Literatur, Programm-Zeitschriften bei J. Doll, Buchhdlg., Sinshelm a. E.

Wetterbericht.

Die südliche Rheinebene hatte gestern heiteres Wetter, während das übrige Land, abgesehen vom Hochschwarzwald, meist bewölkt war. Nachfröste wurden auf der Saar und in den südlichen Schwarzwaldtälern beobachtet. Eine von der Biskaya bis ins westliche Mittelmeer reichende Störung erstreckt sich mit den Ausläufern ihres Regelfeldes bis zu den Vogesen und ruft heute früh im südlichen Baden härtere Bedeckung und auf dem Feldberg leichte Regenfälle hervor. Wir erwarten daher für morgen nach vorübergehender Trübung mit leichten Regenfällen meist wolfiges Wetter.

MAGGI advertisement featuring a winter scene illustration and text: 'Praktisches Weihnachtsgeschenk: MAGGI Würze, MAGGI Suppen in Würfeln, MAGGI Fleischbrühwürfel.'

Weihnachten in Bethel! In Leid und Dunkelheit der Erde hinein scheint das Licht des Kindes von Bethlehem. Auf dieses Licht, das Weihnachten aufs neue bringen soll, warten viele in unseren Häusern des Glends und der Liebe fast 5000 Fallkranke, Gemütskranke und Heimtöde aller Art und aus allen Teilen Deutschlands herbeizogen wir bei uns. Ihnen allen möchten wir gern eine kleine Freude bereiten. Wer hilft uns dabei mit? Jede kleinste Gabe ist uns willkommen, besonders Lebensmittel, Kleidungsstücke, vor allem solche für Männer, sodann Spielzeug, Bücher und Bilder. Auch Geldgeschenke, durch die wir Gaben der Liebe kaufen können, nehmen wir dankbar an. Je eher die Gaben in unsere Hände gelangen, desto willkommener sind sie uns! Allen Freunden von Bethel wünscht einen hellen Strahl des ewigen Weihnachtlichtes. F. v. Bodelschwingh P. Bethel bei Bielefeld, im Advent 1927. Postfachkonto Hannover 1904.

Ata advertisement for Henkel's Scheuerpulver, showing a product box and the brand name.

Goldene Ohrringkugel verloren. Abzugeben bei Sturm, Hauptstr. 252. Ab 10. Dezember Christbäume August Kaufmann Gartenbaubetrieb, Sinshelm beim Schwimmbad. Schöne 3 Zimmerwohnung sofort zu vermieten. Zu erfragen bei Sturm, Hauptstraße 252.

Brautpaare kaufen ihre Trauringe Schmuck und Uhren sehr billig bei Emil Burger Heidelberg, Sophienstr. 7 a 1 Treppe hoch. Sonntags geöffnet.

Kalbin Großtrachtige Falch, schwerer Schlag, weil überzählig, zu verkaufen. Ferdinand Zwickel, Gemeinderichter Birkfeld. Hausfabrikation richten wir ein. Dauernde und sichere Existenz oder Nebenerwerb. Auskunft kostenlos. Ehem. Fabrik Aylsdorf Inh. N. Müllner Zeig-Aylsdorf.

NIMM DOCH LOBA FÜR DEN BODEN LOBA-PARKET, BODENPOLIERUNG, LOBA-SEIFE, DIEBENSCHUTZ, etc.

MTUSSI GEWÜRZE Qualitätsmarke. überall erhältlich. Müssi G.m.b.H. Nürnberg.

Mißfarbene Zähne entstellen das schönste Antlitz. Abier Mundgeruch wirkt ab-schwend. Beide Schönheitsfehler werden gründlich beseitigt durch ein einziges Bad in der herrlich erfrischend schmeckenden Chlorodont-Zahnpasta. Die Zähne erhalten danach einen wunderbaren Glanz, auch an den Seitenflächen, besonders bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenbüschel. Folgende Speisereize in den Jahreswischenräumen als Ursache des Abier Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. Versuchen Sie es zunächst mit einer kleinen Tube zu 50 Pfg. Chlorodont-Zahnpasta für Kinder 70 Pfg. für Damen 1.25 (weiche Borsten), für Herren 1.50 (harte Borsten). Nur echt in blau-grüner Originalpackung mit der Aufschrift "Chlorodont". Überall zu haben.

In 2 Stunden Trauer-Drucksachen wie: Trauerbriefe, Trauerkarten, Danksagungskarten liefert preiswert. G. Becker'sche Buchdruckerei Sinshelm (Elsenz).

Pabol-Dampfofen Köhler Wasser. Blauspoldruckung 26 Pfg. für 2-3 Waschgänge in Sinshelm: Friseur Ziegler.